



Vietnam

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
89 Millionen	Buddhisten	50%
	Religionslose	30%
	Christen	10%
	sonstige	10%

Staatsform und Verfassung

In der Sozialistischen Republik Vietnam liegt die politische Macht in den Händen der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV). Diese ist die einzige zugelassene politische Partei. Oppositionsparteien sind verboten, Vietnam ist ein Einparteiensstaat. Das ist in Artikel 4 der Verfassung so festgelegt, die am 1. Januar 2014 in einer überarbeiteten Form in Kraft getreten ist. Die Führungsrolle der KPV wurde mit dieser überarbeiteten Verfassung noch weiter gefestigt: Die KPV ist jetzt nicht mehr nur Führer der Arbeiterklasse, sondern aller Vietnamesen und der ganzen Nation. Sie ist die „führende Kraft in Staat und Gesellschaft“.

Die Richtlinien der Politik und damit das Geschehen in Politik und Gesellschaft werden vom 16-köpfigen Politbüro bestimmt, das vom Generalsekretär der KPV geleitet wird. Die Nationalversammlung besteht zum größten Teil aus Mitgliedern der kommunistischen Partei. Sie wird zwar vom Volk gewählt, die Kandidaten werden aber zuvor von der KPV ernannt oder gebilligt. Im politischen Entscheidungsprozess hat die Nationalversammlung nur eine untergeordnete Bedeutung. Verbände, Organisationen und die Gewerkschaft sind in der „Vaterländischen Front“ zusammengefasst, wodurch die Parteiführung große Teile der Gesellschaft kontrollieren kann. Die „Vaterländische Front“ ist auch verantwortlich für die nationale Religionspolitik und bestimmt, welche religiösen Gruppen offiziell anerkannt werden.

Die vietnamesische Verfassung gewährt rein formal bestimmte Grundrechte wie Meinungs-, Glaubens-, Versammlungs- und Pressefreiheit. In der Praxis werden diese Rechte aber durch weit gefasste Gesetze und Vollmachten der Behörden zum Teil erheblich eingeschränkt.

Medien, Internet und Satellitenfernsehen werden staatlich überwacht. Auch sonst gibt es ein ausgedehntes Netz staatlicher Kontrollen. Es gibt Berichte,



Vietnam

nach denen jeder sechste Erwerbstätige für staatliche Sicherheitsbehörden arbeitet. Aktivisten, die sich für Menschenrechte oder politische Freiheit einsetzen, müssen mit staatlichen Repressionen rechnen.

Bestimmungen zur Religionsfreiheit

Im Artikel 24 der Verfassung von 2014 wird die „Glaubens- und Religionsfreiheit“ zugesichert. Jeder hat das Recht, „einer beliebigen Religion anzugehören oder auch keiner Religion“. „Vor dem Gesetz sind alle Religionen gleich.“ „Der Staat respektiert und schützt die Glaubens- und Religionsfreiheit.“ Allerdings darf dieses Grundrecht nicht missbraucht werden, „um gegen andere Gesetze zu verstoßen“.

Die Kontrolle und Steuerung der Religionsgemeinschaften auf allen Ebenen erfolgt über die „Büros für religiöse Angelegenheiten“, die zur Verwaltungsstruktur der „Vaterländischen Front“ gehören. Den rechtlichen Rahmen dazu bildet ein Religionsgesetz, die „Verordnung über Religion und Glauben“, die seit 2004 in Kraft ist. Die kommunistische Regierung plant eine neue Fassung dieser Verordnung. Im Mai 2015 wurde der Entwurf zu einem solchen neuen Religionsgesetz unter anderem der katholischen Kirche zur Stellungnahme vorgelegt. Dieser Vorgang ist eine Neuerung in Vietnam, solch ein Vorgehen hat es bislang nicht gegeben. Die Stellungnahme der katholischen Kirche zu dem Gesetzentwurf fiel sehr kritisch aus. In dieser Form verstoße der Gesetzentwurf gegen internationale Standards der Religionsfreiheit und auch gegen die vietnamesische Verfassung. Im Oktober 2015 wurde der Gesetzentwurf in erster Lesung von der Nationalversammlung beraten.

Schon die bisherigen staatlichen Bestimmungen für religiöse Aktivitäten sind sehr streng. Den staatlichen Behörden werden darin umfassende Kontrollmöglichkeiten eingeräumt. Einzelheiten werden in einer Durchführungsverordnung, dem sogenannten Dekret 92, geregelt, das am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist. Für ein legales Handeln müssen sich Religionsgemeinschaften staatlich registrieren lassen. Religionsgemeinschaften, die sich einer staatlichen Registrierung verweigern und entziehen, gelten als illegal und werden vom Staat bekämpft. Viele religiöse Aktivitäten sind nur mit vorheriger Erlaubnis der zuständigen Behörden gestattet. Freiheit gibt es nur für alltägliche Aktivitäten, Riten und liturgische Handlungen in Kirchen, Gebetsstätten und



Tempelanlagen. Alles, was darüber hinausgeht, muss zuvor beantragt und genehmigt werden. Dazu zählen zum Beispiel größere Versammlungen außerhalb von Gottesdiensten, Reparatur und Neubau von Kirchen, die Aufnahme von Kandidaten für das Priesteramt in das Priesterseminar, die Weihe von Priestern oder Sitzungen der Bischofskonferenz inklusive der Tagesordnung.

Religionsgemeinschaften in Vietnam

Religion hat eine relativ hohe Bedeutung in Vietnam. Mehr als die Hälfte der Vietnamesen fühlen sich mit dem Buddhismus verbunden. Etwas mehr als sechs Millionen Vietnamesen sind Mitglied in der katholischen Kirche, rund sieben Prozent der Bevölkerung. Der Anteil protestantischer Christen liegt bei ein bis zwei Prozent. Zur Cao-Dai-Bewegung (eine synkretistische Religion) rechnen sich etwa zwei bis vier Prozent der Bevölkerung, zur Sondergemeinschaft der Hoa Hao (aus dem Buddhismus hervorgegangen) gehören rund zwei bis drei Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es zahlreiche sehr kleine Religionsgemeinschaften. Laut dem Religionsfreiheitsbericht des US-Außenministeriums sind in Vietnam 38 Religionsgemeinschaften staatlich registriert und anerkannt.

Katholische Kirche

Der katholische Glaube kam erstmals im 16. Jahrhundert mit französischen, spanischen und portugiesischen Missionaren ins Land. Im Jahr 1659 wurden die ersten beiden katholischen Diözesen in Vietnam gegründet. Mit einem „Heiligen Jahr“ und zahlreichen Aktionen feierte die katholische Kirche vom 24. November 2009 bis zum 6. Januar 2011 ihr 350-jähriges Bestehen. Dieses Heilige Jahr verlieh der katholischen Kirche in Vietnam weiteren Schwung und führte zu weiterem Wachstum.

Als Vietnam am Ende des Indochinakrieges (1946 bis 1954) in ein kommunistisch regiertes Nordvietnam (Hauptstadt: Hanoi) und ein vom Militär regiertes Südvietnam (Hauptstadt: Saigon) geteilt wurde, flüchteten etwa zwei Drittel der Katholiken von Nordvietnam nach Südvietnam. Die Zahl der Katholiken in Nordvietnam sank damit auf etwa 300 000 Gläubige. Die Kirche in Nordvietnam wurde von der kommunistischen Partei und der Regierung als ideologischer Gegner gesehen und in den Folgejahren mit vielerlei



Vietnam

Repressalien systematisch unterdrückt und verfolgt. In Südvietnam dagegen gestaltete sich das Leben der katholischen Kirche sehr lebendig. Beide Landesteile waren aber Schauplatz des blutigen und sehr verlustreichen Vietnamkrieges (1955 bis 1975), an dessen Ende die Wiedervereinigung von Süd- und Nordvietnam stand. Am 2. Juli 1976 wurden Nord- und Südvietnam unter dem Namen Sozialistische Republik Vietnam zu einem neuen Staat unter kommunistischer Herrschaft zusammengefügt.

Das Verhältnis zwischen kommunistischer Regierung und katholischer Kirche war in den ersten Jahren der neuen sozialistischen Republik wegen der früheren antikommunistischen Haltung der in Südvietnam lebenden Katholiken stark belastet. Es kam zu einer Reihe von Prozessen gegen Priester, Ordensleute und Laien, in denen ihnen eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Kommunismus und zum Sozialismus vorgeworfen wurde. Der katholischen Kirche wurde der Weiterbetrieb von Schulen, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen verboten, der zugehörige Besitz wurde vom Staat konfisziert. In der politischen Führung herrschte ein großes Misstrauen gegenüber den Katholiken, vor allem auch wegen ihrer Verbindungen ins Ausland und zum Vatikan. Es wurde ihnen unterstellt, keine echten Patrioten zu sein. Im Jahr 1980 wurde für die katholische Kirche ein „Einheitskomitee der Patriotischen Katholiken“ gegründet. Dieses wurde aber von den katholischen Bischöfen abgelehnt und konnte nur wenig Einfluss auf die Kirche gewinnen. Eine Spaltung in eine „offizielle patriotische Kirche“ und eine „Untergrundkirche“, die sich der Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Staat verweigert hätte, konnte, anders als in China, in Vietnam vermieden werden.

Seit einigen Jahren gibt es nun eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen kommunistischer Regierung und katholischer Kirche. Nach über dreißig Jahren nahmen im Jahr 2011 der Heilige Stuhl und Vietnam wieder diplomatische Beziehungen auf. Am 10. Januar 2011 ernannte der Papst Erzbischof Leopoldo Girelli zum Apostolischen Nuntius für Singapur und zum Apostolischen Delegaten für Malaysia und Brunei als nicht-ansässigen Vertreter des Papstes für Vietnam. Im selben Jahr besuchte Erzbischof Girelli alle Diözesen des Landes. Seine Ernennung ereignete sich zeitgleich mit dem 350-jährigen Jubiläum der katholischen Kirche in Vietnam, das am 6. Januar 2011 mit einer Schlusszeremonie bei dem nationalen Marienheiligtum in La Vang gefeiert wurde und mehr als 500 000 Gläubige anzog.



Protestantische Kirchen

Das protestantische Christentum kam Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem durch Missionare aus den USA nach Vietnam. Die Missionare waren vorwiegend unter den Bergvölkern im zentralen Hochland Vietnams aktiv. Nach der Gründung der Sozialistischen Republik Vietnam im Jahr 1976, nach dem Vietnamkrieg, war das Misstrauen gegenüber den protestantischen Christen wegen ihrer Verbindungen zu den USA noch größer als gegenüber den Katholiken. Viele protestantische Kirchen in Südvietnam wurden zerstört oder konfisziert, zahlreiche Pastoren und Gemeindeleiter wurden verhaftet oder unter Hausarrest gestellt.

Heute liegt die Zahl der protestantischen Christen in Vietnam bei etwa einer Million. Wegen des Mangels an Kirchengebäuden trifft sich etwa die Hälfte von ihnen in sogenannten Hauskirchen zu Gebetskreisen und Gottesdiensten.

Die in den Bergregionen lebenden ethnischen Minderheiten unterscheiden sich in Sprache und Kultur sehr deutlich von der Mehrheitsbevölkerung der ethnischen Vietnamesen, deren Anteil bei knapp neunzig Prozent liegt. Die Bergvölker sind von der wirtschaftlichen Entwicklung oft abgeschnitten und leben in Armut. Zum Teil gibt es unter ihnen separatistische Bestrebungen. Von der kommunistischen Regierung werden christliche Missionare häufiger verdächtigt, solche separatistischen Bestrebungen zu fördern.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Januar 2013: Papst Benedikt XVI. empfing im Januar 2013 den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), Nguyen Phu Trong, zu einer Audienz. Anschließend traf der Generalsekretär noch mit Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone und dem vatikanischen Außenminister, Dominique Mamberti, zusammen. Dabei wurde von beiden Seiten der Wunsch geäußert, die Zusammenarbeit weiter zu verstärken. In den zwei Jahren zuvor hatte es einige deutliche Verbesserungen in den Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Vietnam gegeben. Nachdem es seit 1975 keine diplomatischen Beziehungen mehr gegeben hatte, kam es im Jahr 2009 zur Bildung einer bilateralen Kommission für den Dialog zwischen Vatikan und Vietnam. Anfang 2011 wurde mit der Ernennung eines nicht-residierenden Vatikan-



Vietnam

vertreter für Vietnam ein wichtiger Schritt hin zur Normalisierung der Beziehungen getan. Diese Vorstufe der vollen diplomatischen Beziehung gilt als Erfolg des heutigen Kardinalstaatssekretärs Pietro Parolin, der als stellvertretender Außenminister des Heiligen Stuhles unter Papst Benedikt XVI. mit den Verhandlungen zu Vietnam betraut war. Parolin bereiste das Land mehrmals mit diesem Auftrag.

Juni 2013: Zum vierten Mal traf sich die 2009 eingerichtete bilaterale Arbeitsgruppe für den Dialog zwischen dem Vatikan und der vietnamesischen Regierung. Vertreter beider Seiten kamen im Vatikan zusammen und bekräftigten anschließend, dass sie die Zusammenarbeit „noch weiter ausbauen“ wollten. Der Vatikan brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, „so bald wie möglich einen ständig im Land residierenden Päpstlichen Repräsentanten“ ernennen zu können, was „im Interesse aller Beteiligten“ sei. Seit Januar 2011 gibt es mit Erzbischof Leopoldo Girelli immerhin einen nicht-residierenden Päpstlichen Repräsentanten für Vietnam, der auch bereits einige Reisen nach Vietnam unternehmen konnte.

August 2013: Bei einem Besuch in Vietnam betonte der nichtresidierende Päpstliche Repräsentant für Vietnam, Erzbischof Leopoldo Girelli, das Land brauche mehr Religionsfreiheit. Die Katholiken im Land könnten entscheidend dazu beitragen, das Bewusstsein für Grundwerte zu schärfen, darunter auch die Religions- und Gewissensfreiheit. Es gebe bestimmte Rechte, die jede Nation auf der Welt zu respektieren habe, so Girelli. Die Katholiken rief er zu tatkräftigen Werken der Nächstenliebe auf. In der Diözese Vinh Long feierte der Erzbischof einen Gottesdienst mit rund 10 000 Gläubigen.

September 2013: Eine friedliche Demonstration von rund 300 Christen wurde von der Polizei unter dem Einsatz von Elektroschockern gewaltsam aufgelöst. Mehrere Personen wurden schwer verletzt und mussten in Krankenhäuser in die Hauptstadt Hanoi geflogen werden. Die Demonstranten forderten die Freilassung zweier katholischer Christen, die im Juni verhaftet worden waren. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Asia News hatte es für die Festnahmen keinen erkennbaren Grund gegeben. Der Bischof der zugehörigen Diözese Vinh, Paul Nguyen Thai Hop, sagte dazu, die Situation in seinem Bistum sei „gefährlich und besorgniserregend“. Behörden und staatliche Medien verbreiteten Lügen und falsche Gerüchte über die Christen. Neben



verbalen Aggressionen sei es jetzt auch zu körperlicher Gewalt gekommen. Vertreter des Vatikans nahmen in der Angelegenheit Kontakt mit einer Regierungsdelegation aus Vietnam auf, die sich in Rom aufhielt, und machten deutlich, dass die Situation in Vinh „weiterer Aufklärung“ bedürfe.

Oktober 2013: Der katholische Blogger und Regimekritiker Le Quoc Quan wurde von einem Gericht in Hanoi zu dreißig Monaten Haft und einer Geldstrafe von 50 000 Dollar verurteilt. Der Verurteilte war bereits seit dem vorausgegangenen Dezember in Haft gewesen. Menschenrechtsorganisationen halten das Gerichtsurteil für politisch motiviert. Quan gehört der bischöflichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden an; er setzt sich unter anderem für Religionsfreiheit in Vietnam ein. Einige Tage zuvor hatten sich in Hanoi Tausende Katholiken aus Solidarität mit dem inhaftierten Anwalt zu einer Mahnwache versammelt und seine Freilassung gefordert.

Oktober 2013: Mit einer Petition an die vietnamesische Nationalversammlung und an internationale Einrichtungen, unter anderem an den UNO-Menschenrechtsrat, forderten katholische, protestantische und buddhistische Religionsführer die Freilassung von vierzehn katholischen und protestantischen Gläubigen, die in Vietnam inhaftiert waren. Die Antragsteller forderten „Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte in Vietnam“. Menschenrechtsorganisationen hatten schon seit einiger Zeit ein strengeres Vorgehen der staatlichen Behörden gegen Aktivisten beklagt, die sich für Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzen.

Oktober 2013: Mehr als sechzig Priester bzw. religiöse Führer werden derzeit „unter schwierigen Bedingungen“ in vier Lagern in Vietnam in Haft gehalten. Das meldet die vatikanische Nachrichtenagentur Fides unter Berufung auf eine US-Menschenrechtsorganisation namens „International Christian Concern“. Fast alle Häftlinge gehörten zu ethnischen Minderheiten aus dem zentralen Hochland von Vietnam.

Januar 2014: Die beiden Katholiken, die im Juni 2013 in der Diözese Vinh verhaftet worden waren und derentwegen es zu größeren Demonstrationen gekommen war, wurden im Januar wieder freigelassen. Sie hatten wegen angeblicher „öffentlicher Ruhestörung“ ein halbes Jahr in Haft verbracht. Nach Darstellung der Behörden waren die beiden Kirchgänger im Mai an einem



Vietnam

Handgemenge mit Zivilpolizisten beteiligt gewesen. Dieser Darstellung wurde aber von anderen Pfarreiangehörigen widersprochen.

März 2014: Papst Franziskus hat für das Erzbistum Ho-Chi-Minh-Stadt einen neuen Erzbischof ernannt. Es ist der bisherige Koadjutor Paul Bui Van Doc. Er löste den bisherigen Erzbischof, Jean-Baptiste Kardinal Pham Minh Man, ab, da dieser aus Altersgründen zurückgetreten war.

März 2014: Papst Franziskus empfing den Parlamentspräsidenten von Vietnam, Nguyen Sinh Hung, im Vatikan zu einer Audienz. Im Gespräch mit Radio Vatikan kommentierte Régis Anouil, der Leiter des kirchlichen Informationsdienstes „Eglises d'Asie“, diesen Vorgang folgendermaßen: „Viele Aktionen in den letzten Jahren, die von vielen Personen, darunter auch Kardinal Parolin, in die Wege geleitet wurden, haben zur Verbesserung der Beziehungen mit Vietnam geführt – und das nach vielen Jahren der Blockade.“ Er stellte diesen Fortschritt dem Stillstand in den Beziehungen des Vatikans zur kommunistischen Staatsführung in China gegenüber: „Es gibt deutliche Unterschiede zwischen China und Vietnam. Die katholische Kirche in Vietnam ist vereint, während es in China viele verschiedene Gruppen und Konfessionen gibt. Eine geeinte Kirche bietet wirklich Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Beziehungen – allerdings bleibt die Lage, was die Menschenrechte in Vietnam betrifft, weiter sehr schwierig.“ Die katholische Kirche in Vietnam sei sehr stark, so Anouil. Sie sei „eine Art Gegenpol zum kommunistischen Regime – aber nicht im politischen, sondern im intellektuellen und spirituellen Bereich. Das Zugehörigkeitsgefühl der Katholiken zur Kirche ist sehr stark, und die religiöse Praxis wird ausgesprochen ernstgenommen. In einem Land, das vom Konfuzianismus geprägt ist, ist das schon etwas Besonderes. Die Kirche sorgt sogar für die Einrichtung christlicher Dörfer; vor allem in den urbanen Räumen hat die Kirche großen Zulauf. Sie hat einen Platz in der Gesellschaft gefunden.“

Juli 2014: Der Erzbischof von Ho-Chi-Minh-Stadt, Paul Bui Van Doc, kündigte Radio Vatikan gegenüber an, dass Vietnam schon bald eine eigene katholische Universität bekommen könnte. In Zusammenarbeit mit dem „Institut Catholique de Paris“, der katholischen Universität in Paris, könne in Vietnam ein Institut für Theologische Studien aufgebaut werden. Das Projekt sei eine Folge des Dialogs der letzten Jahre mit der vietnamesischen Regie-



rung, der zu einer Entspannung in den Beziehungen geführt habe. Vor der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1976 hatte die Kirche in Vietnam mehr als 2000 Schulen und Bildungseinrichtungen im ganzen Land. Heute haben die Kommunisten ein Monopol im Schul- und Bildungswesen.

September 2014: In Hanoi traf sich die bilaterale Arbeitsgruppe aus Vertretern des Vatikans und der vietnamesischen Regierung zu ihrer fünften Sitzung. Ein Ergebnis der Gespräche waren zukünftige Erleichterungen für Arbeitsbesuche des nicht-residierenden päpstlichen Repräsentanten mit Sitz in Singapur, Erzbischof Leopoldo Girelli, in Vietnam. Der Vatikan wiederholte gegenüber den Regierungsvertretern seinen Wunsch nach vollen diplomatischen Beziehungen. Auch wünscht sich der Vatikan die Erlaubnis für ein stärkeres kirchliches Engagement im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie bei humanitären Projekten in Vietnam. Die vietnamesische Seite machte ihrerseits eine Zusage, die Glaubens- und Gewissensfreiheit der vietnamesischen Bürger zu respektieren. Ebenso wolle sie die katholische Seite dabei unterstützen, „aktiv an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung“ des Landes teilzuhaben. Geleitet werden die Treffen der bilateralen Arbeitsgruppe von den jeweiligen Vize-Außenministern.

Oktober 2014: Am 18. Oktober 2014 empfing Papst Franziskus den Regierungschef von Vietnam, Ministerpräsident Nguyen Tan Dung, im Vatikan zu einer Audienz, um die bilateralen Beziehungen weiter zu vertiefen. Der Papst, so es hieß es in einer vatikanischen Erklärung, habe sich lobend über die religionspolitischen Aussagen in der neuen Verfassung geäußert und die Erleichterungen für den nicht-residierenden Vatikan-Repräsentanten gewürdigt. Gegenstand des Gespräches waren auch der Beitrag, den die katholische Kirche zur Entwicklung des sozialistischen Landes leisten könne, und die Friedenspolitik im Fernen Osten.

Januar 2015: Sechs Tage lang besuchte der Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker (Missionskongregation), Fernando Kardinal Filoni, Vietnam. Nach seiner Reise äußerte er sich in einem Interview mit Radio Vatikan sehr positiv über das kirchliche Leben in Vietnam: „Die vietnamesische Kirche ist wirklich reich an Berufungen, sowohl bei Männern wie bei Frauen, und ich habe den Eindruck, dass die Priester gute Arbeit leisten und ausgesprochen engagiert sind. Aber was soll ich erst von den Gläubigen



Vietnam

sagen? Wie die mich empfangen haben, das war fast wie ein Tsunami. Sie haben ein ausgesprochenes christliches Selbstbewusstsein und fühlen sich ihren Priestern und Bischöfen sehr nahe – vor allem aber dem Papst, das haben mir so viele ausdrücklich gesagt. Also, eine extrem lebhaft, engagierte Kirche, die auch auf die sozialen und menschlichen Anforderungen im Land einzugehen weiß. Ich muss zugeben: Für mich war Vietnam eine Entdeckung, trotz allem, was ich vorher davon gehört und gelesen hatte.“ Während seines Besuches kam es auch zu Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und anderen hochrangigen Vertretern der Regierung.

März 2015: In der Diözese Kontum im zentralen Hochland von Vietnam gab es heftige Proteste von Tausenden von Katholiken gegen den drohenden Abriss einer Kirche. Diese war 1965 mit Behelfsmaterialien errichtet worden. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Asia News hatte der Bischof von Kontum, Michael Hoang Duc Oanh, wiederholt den Neubau einer stabilen Kirche beantragt, von den Behörden aber nie eine Antwort erhalten. Anfang Januar hatte nun die Provinzregierung den Abriss der Kirche angeordnet. Durch die Demonstrationen konnten die Behörden aber fürs Erste von der Durchführung der Anordnung abgehalten werden.

Mai 2015: Die politische Führung plant ein neues Religionsgesetz. Zu dem Gesetzesentwurf wurde im Mai 2015 unter anderem auch die katholische Kirche befragt. Eine solche Befragung war ein Novum in Vietnam. Allerdings hatte die Kirche lediglich dreizehn Tage Zeit für eine Stellungnahme. Die Nachrichtenagentur Asia News berichtete, dass sich einige vietnamesische Bischöfe überaus kritisch zu dem Entwurf geäußert hätten. Die Diözese Kontum habe eine Stellungnahme veröffentlicht, die von Bischof Hoang Duc Oanh und dem emeritierten Bischof Tran Thanh Chung unterzeichnet war. Darin heiße es, der Entwurf zum Religionsgesetz verstoße gegen die Religionsfreiheit, gegen die UNO-Menschenrechtserklärung und auch gegen die Verfassung Vietnams. Es sei „absurd“, so die Stellungnahme weiter, „dass Nicht-Gläubige Regeln für Gläubige aufstellen wollten“. Das könne nur von gläubigen Juristen oder von Religionsführern geleistet werden. Schon im Jahr 2013 hatte die katholische Bischofskonferenz von Vietnam zu der anstehenden Änderung der Verfassung Stellung genommen und in dem Zusammenhang die Regierung aufgefordert, „keine negativen Einstellungen gegenüber Religionen zu fördern noch sich in die inneren Angelegenheiten der Religi-



ongemeinschaften einzumischen, wie Formation, Ordination, Stellenwechsel des Klerus oder Festlegung kirchlicher Verwaltungsgrenzen“. Auch forderten die Bischöfe, dass religiöse Organisationen „die Freiheit haben sollten, sich in Aktivitäten zu engagieren, die der Gesellschaft im Bereich der allgemeinen Wohlfahrt dienen“.

August 2015: Laut einer Meldung des katholischen asiatischen Pressedienstes Ucanews äußerte sich der Vatikan sehr besorgt über das geplante neue Religionsgesetz, das im Laufe des Jahres 2016 verabschiedet werden soll. Der nicht-residierende päpstliche Repräsentant Erzbischof Leopoldo Girelli sprach laut Ucanews von einem „Schritt zurück“. Die katholische Kirche in Vietnam hoffe noch, an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt zu werden. Schon im Mai hatten katholische Bischöfe Kritik an dem Gesetzentwurf geübt.

Oktober 2015: Sehr kritisch äußerte sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) über das geplante neue Religionsgesetz, dass Ende Oktober 2015 von der vietnamesischen Nationalversammlung in erster Lesung beraten wurde. Der Asienreferent der Organisation, Ulrich Delius, sagte: „Dieses Gesetz ist kein Fortschritt bei der Umsetzung der verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit, sondern öffnet lokalen Behörden alle Möglichkeiten, Glaubensgemeinschaften willkürlich zu drangsalieren und Gläubige an der Religionsausübung zu hindern.“

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)
Deutsche Welle (DW): www.dw.com
Human Rights Watch
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Radio Vatikan, Newsletter
Union of Catholic Asian News (UCAN)
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015
ZENIT (Nachrichtenagentur)